

"Neuer Schwung für die europäische Integrationsbewegung in Maastricht" in Le Monde (12. Dezember 1991)

Legende: In einem Kommentar vom 12. Dezember 1991 zum Europäischen Rat von Maastricht untersucht die französische Tageszeitung Le Monde die Bedeutung des neuen Vertrages über die politische Union und beschreibt die wirtschaftlichen, währungspolitischen und sozialen Herausforderungen Europas.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. LESOURNE, Jacques ; Réd. Chef COLOMBANI, Jean-Marie. 12.12.1991, n° 14 579. Paris: Le Monde. "La construction européenne relancée à Maastricht", auteur:Philippe Lemaitre , p. 4.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/neuer_schwung_fur_die_europaische_integrationsbewegung_in_maastricht_in_le_monde_12_dezember_1991-de-8d3df9d7-3772-48f3-844c-3dbb02e1c530.html



Publication date: 06/07/2016

Neuer Schwung für die europäische Integrationsbewegung in Maastricht

Gipfel der Zwölf beschloss Wirtschafts- und Währungsunion und verzeichnete Fortschritte bei der politischen Union

Großbritannien beim sozialen Europa nicht mit von der Partie

Auf dem 46. Europäischen Gipfel vom 9. und 10. Dezember 1991 in Maastricht (Niederlande) wurde eine Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Präsident François Mitterrand, der sich am Mittwochabend um 20 Uhr in der Nachrichtensendung des Fernsehsenders Antenne 2 äußerte, begrüßte sie als „echten Erfolg“, der bekräftigte, dass die Zwölf „zur Bildung einer Europäischen Union entschlossen seien“. Dagegen gab es selbst bei den überzeugtesten Europäern weniger begeisterte Kommentare zum Vertrag über die politische Union – auch wenn in bestimmten Bereichen Fortschritte erzielt wurden, wie zum Beispiel bei der europäischen Staatsbürgerschaft, der gemeinsamen Verteidigung oder der Sozialpolitik. Großbritannien bremste jedoch den gemeinschaftlichen Ehrgeiz, zumal es beim sozialen Europa außen vor bleibt; außerdem wurde London in Bezug auf die Einheitswährung eine Sonderregelung zugestanden.

Durchbruch nach Kompromiss

Maastricht

von unserem Sonderkorrespondenten

Die Staats- und Regierungschefs der zwölf Mitgliedstaaten, die am 9. und 10. Dezember in Maastricht (Niederlande) zusammengetreten sind, haben sich auf einen neuen Vertrag geeinigt, der sowohl die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als auch die politische Union umfasst. Damit fand der vor einem Jahr auf den beiden Regierungskonferenzen in Rom (über die WWU und die politische Union) eingeleitete Prozess einen zufrieden stellenden Ausgang – auch wenn die gefundenen Lösungen häufig weit von den Erwartungen ihrer Initiatoren entfernt sind. Denn es wurde ein ganzes Jahr lang sowie am Montag und Dienstag in Maastricht mit den Vorbehalten des Vereinigten Königreichs gegenüber diesem hervorragenden Programm zur Neubelebung der europäischen Idee gerungen. Kurz vor Maastricht formulierten die Franzosen einen äußerst kompromissfähigen Vorschlag und kamen den unnachgiebigen Briten damit entgegen. Danach war für Frankreich nun ein Konsens vorrangig, um die in langen Verhandlungen durchgesetzten Errungenschaften zu bewahren und ein unangebrachtes Zerwürfnis zu vermeiden, da die Einstellung der Briten gegenüber der Gemeinschaft offenbar einem Wandel unterlag.

Ein solcher Bruch hätte der Problematik einer radikalen Umorientierung ihrer Europapolitik neue Nahrung gegeben.

Die Ergebnisse vom Dienstagabend sind unter Berücksichtigung dieses Zieles zu bewerten, das allerdings im Vergleich zur konjunkturellen und gemeinschaftlichen Euphorie von 1990 enttäuschend ausfällt. Dagegen zeigte sich die französische Delegation eher zufrieden, denn schließlich hat sie das Programm für eine Wirtschafts- und Währungsunion vor dem Zusammenbruch bewahrt, der bei einem Scheitern des Europäischen Rats eingetreten wäre; außerdem werden die zwölf Mitgliedstaaten dank ihrer Initiative schrittweise eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einrichten und den Grundstein zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik legen.

Nach Auffassung der Franzosen rechtfertigen diese Ergebnisse die Zugeständnisse, die gemacht wurden, um John Major zu überzeugen, der für das Programm zur Wiederankurbelung ursprünglich nur wenig übrig hatte.

Der größte Durchbruch von Maastricht ist zweifellos die feierliche Einleitung des Programms zur WWU. Dieser Ausgang ist ohne Frage das Verdienst der Europapolitik Frankreichs, das hierfür bereits seit drei Jahren beharrlich gegen die Briten und ihre jeweiligen Verbündeten – sowie gelegentlich auf anderer Ebene auch gegen die Deutschen – zu kämpfen hatte. Spätestens 1999 wird die Gemeinschaft über eine Einheitswährung und eine Europäische Zentralbank verfügen, die eine gemeinsame Geldpolitik umsetzt.

Attraktivität für Investoren

Das zwar effiziente, aber dennoch anfällige und ebenfalls auf eine deutsch-französische Initiative (von 1988) zurückzuführende Europäische Währungssystem (EWS) wird dadurch gestärkt. Infolgedessen bleibt der Binnenmarkt als gesunde Grundlage für die Neuentwicklung französischer Unternehmen eine Zone mit stabilen Wechselkursen; Seine Attraktivität für Investoren aus Amerika oder der Pazifik-Region wird hierdurch erhöht.

Ein hochrangiger italienischer Beamter erklärte am Dienstag, die Schließung des Abkommens werde zu einer Erhöhung der Ecu-Emissionen führen und die Bemühungen der Regierungen zur Erreichung einer Konvergenz steigen lassen. Damit würden Finanzmarktteilnehmer und Behörden ein neues goldenes Zeitalter vorwegnehmen, das vom Ecu geprägt wäre. Kurz gesagt käme es wieder zu einer überaus heilsamen Neuordnung – genau wie 1985-1986 bei der Ankündigung des Binnenmarktes...

Die durch diese Konvergenzpolitik herbeigeführte Sanierung sowie die sich durch die künftige WWU aufdrängende verantwortungsbewusste Haushaltsführung, zusammen mit einer ungeheuren Liquidität des künftig offeneren Marktes, dürften sich – und das ist ein weiterer Pluspunkt – in einem nachlassenden Zinsdruck niederschlagen, erklärte wiederum ein hochrangiger französischer Beamter. „*Wie könnte ich denn unzufrieden sein?*“ erklärte Jacques Delors, einer der führenden Köpfe des derzeit ausgearbeiteten Unterfangens, in Bezug auf die WWU – und das trotz einer Stimmung, die am Dienstagabend eher trüb schien.

Entsprechend seinem und dem Wunsch der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten wird es keine allgemeine Sonderregelung geben. Damit wird dem Engagement für die Einheitswährung ein Stempel der Unumkehrbarkeit aufgedrückt. Einzig Großbritannien darf nach Ratifizierung des Vertrags den Übergang zur Einheitswährung zu gegebenem Zeitpunkt von seinem Parlament bestätigen lassen. Ohne diese Sonderregelung, die dem Einfallsreichtum von Jacques Delors und angeblich auch von Leon Brittan (einem der Vizepräsidenten der Europäischen Kommission) zuzuschreiben ist, hätte John Major diesen Vertrag nicht unterzeichnet.

Die ersten Schritte zur gemeinsamen Außenpolitik werden vom Präsidenten der Kommission nicht im gleichen Maße begrüßt wie die WWU. Die Briten, die sich für eine verstärkte zwischenstaatliche Zusammenarbeit aussprachen, im Gegenzug aber jegliche Abgabe von Souveränität in diesem sensiblen Bereich ablehnten, waren nicht damit einverstanden, dass diesbezügliche Beschlüsse oder Erlasse mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden können. Sie erhielten größtenteils Genugtuung.

Der Vertrag lässt gegenwärtig nur wenig Spielraum für Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit und könnte infolgedessen zu Kontroversen führen, die sich eher um das Verfahren denn um das zu erörternde Thema drehen. Delors hatte letzten Donnerstag zu verstehen gegeben, dass es sich hierbei um einen undurchführbaren Mechanismus handele. „*Ich halte an meiner persönlichen Bewertung des eingerichteten Systems fest, räume aber ein, dass wir den einzig möglichen Kompromiss gefunden haben*“, erklärte er am Dienstagabend.

Die Franzosen ihrerseits scheinen zu hoffen, der Appetit käme beim Essen und eine Gemeinschaft, die in einem im vollen Wandel befindlichen Europa immer mehr an Bedeutung gewinne, würde, diese „*gemeinsamen und im neuen Vertrag vorgesehenen Maßnahmen*“ mit mehr Entschlossenheit einleiten. Infolgedessen würde sich die britische Zurückhaltung im Laufe der Zeit von selbst geben. Ebenso gelangten sie nach Einsichtnahme in die über die Verteidigung verabschiedeten Texte zu der Auffassung, das Verteidigungsbündnis der Gemeinschaft, die Westeuropäische Union (WEU), gerate immer mehr unter den Einflussbereich der Gemeinschaft und ihrer Institutionen.

Dagegen legt Großbritannien diese Texte ganz anders aus und betont insbesondere das Verbot an die WEU (die um Griechenland erweitert wurde und Norwegen und der Türkei einen assoziierten Status verlieh), in irgendeiner Weise gegen die Politik der NATO zu handeln.

Der realistische Standpunkt Deutschlands und Frankreichs wurde insbesondere anhand der Sozialpolitik deutlich – auch wenn er im Laufe des europäischen Ratsgipfels auch in anderen Geltungsbereichen immer wieder zum Ausdruck kam. Gewiss hatte Major von vornherein keinen Zweifel bestehen lassen. Das Vereinigte Königreich, das sich dank Margaret Thatcher vom Joch der Gewerkschaften befreien konnte – inzwischen wurde dies zum Gemeinplatz –, widersetzt sich dem Gedanken, europäischen Richtlinien aus Brüssel Folge zu leisten, die sich nach Meinung der Briten in erster Linie in erhöhten Kosten für ihre Unternehmen niederschlagen würden. Die fast leidenschaftlichen Bemühungen der niederländischen Präsidentschaft, die Tragweite des den Zwölf vorgelegten Textes und damit auch seine – aus Londoner Sicht – potenzielle Gefahr zu verringern, führten ins Leere.

Soziale „Mindeststandards“

Gleichwohl konnten die meisten anderen Mitgliedstaaten und insbesondere Frankreich nicht länger hinnehmen, dass soziale und menschliche Fragen auf dem Weg zu Binnenmarkt und Einheitswährung größtenteils auf der Strecke blieben. Damit stellt sich die Frage, ob der Vertrag über die Union zu brechen und gegebenenfalls nur von elf Staaten – ohne die Briten – zu unterzeichnen wäre. Angeblich war dies ins Auge gefasst worden. Doch mehrere Mitgliedstaaten, insbesondere die Niederlande und Deutschland, verwiesen auf die Gefahr, die ein solch politisches Erdbeben für alle darstellen würde. Die Gemeinschaft will und kann nicht ohne Großbritannien auskommen – das ist eine Tatsache, die sich wesentlich von den Gegebenheiten zu Zeiten der Haushaltskrise Anfang der 80er Jahre unterscheidet. Infolgedessen muss ein Kompromiss gefunden werden.

Delors' Lösung zum Ausweg aus der Krise, um der EWG ein solches Trauma zu ersparen, rettet was gerettet werden muß: in erster Linie das WWU-Programm. Dennoch erscheint sie rechtlich und politisch gesehen als ein undurchschaubares Konstrukt, dem sowohl gemeinschaftliche Bestimmungen als auch der gemeinschaftliche Geist fremd sind. Diese „sozialen Mindeststandards“, vor denen London zurückschreckt, werden die anderen Mitgliedstaaten zu elft verabschieden. Ohne die Briten – aber unter Befolgung der gemeinschaftlichen Bestimmungen, einschließlich der gelegentlichen Bezugnahme auf die qualifizierte Mehrheit – werden sie gemeinsam das Programm umsetzen, das in dem von der niederländischen Präsidentschaft vorgelegten Vertragsentwurf beschrieben wird.

Bereits die Europäische Charta der sozialen Grundrechte war von den Elf ohne das Vereinigte Königreich verabschiedet worden. Auch der Beginn ihrer Umsetzung wird von nun an von diesen elf Staaten unternommen. Gleichwohl ist noch abzuwarten, wie das Europäische Parlament und gegebenenfalls auch der Gerichtshof in Luxemburg auf eine derartige Abwegigkeit reagieren werden.

Schließlich mussten die Partner aus dem Vereinigten Königreich schon andere Kröten schlucken. Trotz des von Bonn gehegten Interesses werden die Visapolitik und im Allgemeinen auch die Vorschriften bezüglich der Grenzüberschreitung nicht den gemeinschaftlichen Bestimmungen unterliegen. Auch die justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit wird ausschließlich auf zwischenstaatlicher Grundlage verbleiben. Was die Erweiterung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft angeht, werden die auf sozialer Ebene ohnehin bereits enttäuschten Franzosen kaum durch die Einführung einer Industriepolitik entschädigt; denn in diesem Bereich werden Beschlüsse mit Einstimmigkeit gefasst, was deren Tragweite ganz eindeutig einschränkt.

Dagegen wurden die Zusagen der zwölf Staats- und Regierungschefs bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion – d.h. die Solidarität mit den ärmsten Ländern der Gemeinschaft (Schaffung eines Konvergenzfonds und gemeinschaftlicher Ressourcen, bei denen der jeweilige Wohlstand aller mehr Berücksichtigung findet als in der Vergangenheit) – vom spanischen Premierminister Felipe Gonzalez als zufriedenstellender Beitrag betrachtet.

Schließlich beauftragten die zwölf Mitgliedstaaten die Kommission, in den nächsten Monaten einen ausführlichen Bericht über die Erweiterung der Gemeinschaft und deren Folgen (insbesondere in finanzieller Hinsicht) sowie über die hierfür notwendigen institutionellen Reformen zu erstellen.

